

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Einleitung

Datum der Zweitveröffentlichung: 26.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592497

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Einleitung. In: Jugend und Demokratie in Deutschland.

Hoffmann-Lange, Ursula (Hg). Opladen : Leske + Budrich, 1995. S. 13-21. DOI:

10.1007/978-3-322-95749-8_1.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

EINLEITUNG

Ursula Hoffmann-Lange

1.1	Gesellschaftliche Voraussetzungen des Verhältnisses von Jugend und Politik	14
1.2	Datenbasis	17
	Anmerkungen	21

1.1 Gesellschaftliche Voraussetzungen des Verhältnisses von Jugend und Politik

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit den politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften Jugendlicher und junger Erwachsener. Das Verhältnis Jugendlicher zur Politik ist in einer Demokratie von besonderer Bedeutung, da diese ohne Legitimität und ohne politische Beteiligung der Bürger nicht lebensfähig ist. Dabei sind vor allem zwei Aspekte bedeutsam, nämlich einmal die Legitimität, die demokratische Institutionen und Verfahren genießen, und zum andern die Bereitschaft zum politischen Engagement.

Da Demokratie keine starre und unveränderliche politische Ordnung ist, unterliegen ihre Legitimitätsgrundlagen und die Struktur des politischen Willensbildungsprozesses einem steten Wandel. Die politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften Jugendlicher geben daher auch Auskunft über Wandlungen im Verhältnis der Bürger zur Politik und über den Druck, den gesellschaftliche Veränderungen in Richtung auf eine Anpassung politischer Institutionen an geänderte Bürgerorientierungen ausüben. Da die politischen Orientierungen in der Jugend und im frühen Erwachsenenalter noch in der Entwicklung begriffen sind, können spätere lebenszyklische Veränderungen aber nicht ausgeschlossen werden. Insofern sollte man sich davor hüten, gesellschaftliche Trends aufgrund von Querschnittsbefragungen bei Jugendlichen zu extrapolieren, sofern man nicht zusätzlich über Längsschnittinformationen verfügt, die es erlauben, bei Abweichungen junger Befragter vom Bevölkerungsdurchschnitt lebenszyklische Effekte von längerfristigen Trends zu trennen.

Die öffentliche Diskussion über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik kreist in Deutschland wie auch in vielen anderen entwickelten Demokratien seit geraumer Zeit um die Schlagworte "Parteien- und Politikverdrossenheit". Nach einer Aufbruchphase von den späten sechziger bis etwa Mitte der siebziger Jahre, in der die politische Beteiligungsbereitschaft junger Menschen sprunghaft zunahm, und die von Kaase (1989) als "partizipatorische Revolution" bezeichnet wurde, scheint diese inzwischen durch eine Abkehr Jugendlicher von der Politik abgelöst worden zu sein. Diese Abkehr äußert sich einmal in einer gestiegenen Skepsis gegenüber Institutionen und Politikern, zum andern in einer vielfach beklagten abnehmenden politischen Beteiligungsbereitschaft. Selbst die Neuen Sozialen Bewegungen, die zunächst als Alternative

zu den politischen Parteien wahrgenommen wurden und großen Zulauf vor allem durch junge Menschen hatten, klagen heute über Nachwuchsmangel.

Die Politikverdrossenheit Jugendlicher wird dabei häufig auf das Verhalten der Parteien und auf zahlreiche politische Skandale zurückgeführt, die nach Meinung einer kritischen Öffentlichkeit zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik beigetragen haben, z.B. die großzügigen Regelungen der Parteienfinanzierung, hohe Politikereinkommen oder Verfilzungen zwischen Politik und Großunternehmen. Ohne solche Erscheinungen herunterspielen zu wollen, berücksichtigt diese Interpretation allerdings nicht die Wandlungen in den hochindustrialisierten Demokratien und die Tatsache, daß sich durch diese gesellschaftlichen Veränderungen auch die Voraussetzungen geändert haben, unter denen Politik sich heute vollzieht (vgl. hierzu auch Betz 1993, Forndran 1993, Rattinger 1993).¹ Betz betrachtet in diesem Sinne die vielbeschworene aktuelle Krise des politischen Systems entwickelter westlicher Demokratien als "Folge eines tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandlungsprozesses von der industriegesellschaftlichen Moderne hin zur 'postindustriellen Moderne'" (1993: 3).

Diese gesellschaftlichen Wandlungsprozesse werden im Rahmen der wissenschaftlichen wie auch der öffentlichen Diskussion vielfach mit den Schlagworten "Individualisierung" und "Wertewandel" auf einen Nenner gebracht. "Individualisierung" meint dabei, daß die Bürger postindustrieller Demokratien durch die Bildungsexpansion und den Ausbau des Sozialstaates zunehmend aus traditionellen soziopolitischen Bindungen freigesetzt wurden. Die Lebensstile sind daher zunehmend weniger durch soziale Gruppenzugehörigkeiten geprägt, und die individuellen Wahlmöglichkeiten haben zugenommen (vgl. Zapf u.a. 1987: 16 f.). Gleichzeitig hat der damit einhergehende Wertewandel Rückwirkungen auf das Verhältnis der Bürger – und insbesondere der Jugendlichen – zur Politik. Die Erosion traditioneller soziopolitischer Milieus (vgl. Alber 1991; Pappi 1973, 1977), die früher dafür sorgten, daß Jugendliche quasi automatisch in vorgeprägte (partei-)politische Loyalitäten hineinwachsen, hat dazu geführt, daß der Erwerb politischer Orientierungen heute sehr viel stärker durch individuelle Erfahrungen und das persönliche soziale Umfeld bestimmt ist, zu dem neben Familie und Schule nicht zuletzt auch Gleichaltrigengruppen gehören.

Zielsetzung dieses Buches ist es, die verschiedenen Aspekte des Verhältnisses junger Menschen zur Politik darzustellen und ihre Ursachen und Auswirkungen zu identifizieren. Dabei wird vor allem auf die Bedeutung der unabhängigen Variablen Geschlecht, Bildungsniveau, Wertorientierungen, soziale Benachteiligungserfahrungen und Persönlichkeitsfaktoren eingegan-

gen. Demokratiezufriedenheit, Devianzbereitschaft, Wahlabstinenz und politische Protestbereitschaft wiederum werden als abhängige Variablen betrachtet. Eine solche Ursachen- und Wirkungsanalyse ist für die Frage zentral, wie man der Politikverdrossenheit angemessen begegnen kann. Denn wenn die vielfältigen politischen Skandale einen durch den sozialen Wandel bedingten Trend lediglich verstärkten, jedoch nicht verursacht haben, hilft es beispielsweise auch nur wenig, stärkere öffentliche Kontrollen der Parteienfinanzierung einzuführen, eine bessere Moral der Politiker einzufordern oder politischen Außenseitern bessere Chancen für politische Wahlämter zu eröffnen, in der Hoffnung, hierdurch die Wahlbeteiligung von Jugendlichen bzw. deren Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Organisationen zu erhöhen. Solche Maßnahmen mögen aus anderen Gründen durchaus ihre Berechtigung haben, sie werden jedoch das angestrebte Ziel nicht erreichen. In diesem Fall muß man vielmehr überlegen, wie die Bürger auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen für Politik zu interessieren und zu mobilisieren sind.

Neben der Parteien- und Politikverdrossenheit Jugendlicher spielen in der aktuellen Diskussion auch die Neigung einiger Jugendlicher zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer und Angehörige anderer Minoritäten (Behinderte, ältere Menschen usw.) eine wichtige Rolle. Und schließlich ist angesichts der tiefgreifenden Einschnitte, die die Vereinigung Deutschlands vor allem für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern gebracht hat, die Frage bedeutsam, inwieweit auch bei diesen die im Westen bereits seit längerem beobachtbaren Trends festzustellen sind bzw. inwieweit sie von den westlichen Mustern abweichen.

Mit den angesprochenen Themenkomplexen sind die forschungsleitenden Fragestellungen dieses Buches bereits kurz skizziert. Am Anfang steht eine Beschreibung der Lebenssituation und der Wertorientierungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland zu Beginn der neunziger Jahre. Dabei wird auch auf die subjektiven Auswirkungen des politischen Umbruchs in Deutschland eingegangen, also auf die Wahrnehmung von Auswirkungen des Umbruchs auf die eigene Lebenssituation und die aktuelle Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen.

Im weiteren Verlauf werden dann verschiedene Aspekte der politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften Jugendlicher und junger Erwachsener analysiert. Hierzu gehören grundlegende Haltungen zur politischen Ordnung sowie zu den gesellschaftlichen und politischen Institutionen, aber auch nationale Identität und nationalistische Einstellungen und schließlich politische Partizipationsbereitschaften.

Angesichts der Vereinigung Deutschlands ist der Ost-West-Vergleich ein zen-

trales Anliegen aller hier vorgestellten Analysen. Dabei interessiert vorrangig, inwieweit es gerechtfertigt ist, von zwei politischen Kulturen in Deutschland zu sprechen.

1.2 Datenbasis

Wie bereits im Vorwort erwähnt, ist der DJI-Jugendsurvey 1992, dessen Ergebnisse in diesem Buch vorgestellt werden, eine repräsentative Befragung deutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Alter von 16 bis 29 Jahren. Ausländische Jugendliche wurden aus mehreren forschungspraktischen Gesichtspunkten nicht in die Untersuchung einbezogen: wegen möglicher Sprachprobleme und vom Befragungsinstitut geltend gemachter Schwierigkeiten beim Feldzugang. Aber es sprachen auch inhaltliche Gründe gegen ihre Einbeziehung. Da sie keine Staatsbürgerrechte besitzen, stehen viele von ihnen dem politischen System – Institutionen wie auch Parteien – noch ferner als dies für deutsche Jugendliche der Fall ist. Zudem wären für sie die im Fragebogen enthaltenen Fragen nach der nationalen Identität ungeeignet gewesen. Es soll an dieser Stelle jedoch ausdrücklich betont werden, daß eine Studie über ausländische junge Menschen in Deutschland wünschenswert wäre. Diese müßte aber aus den genannten Gründen als ein eigenständiges Forschungsprojekt konzipiert werden.

Die breite Altersabgrenzung der Zielgruppe wurde gewählt, um neben der Jugendphase im engeren Sinne auch die der Postadoleszenz zu erfassen. Sie trägt damit der Tatsache Rechnung, daß sich die Jugendphase im Zuge der Verlängerung der Bildungswege und der Individualisierung der Lebensentwürfe von Jugendlichen nicht unbeträchtlich verlängert hat. Zinnecker spricht in diesem Zusammenhang von einem "Bildungsmoratorium" (1991). Diese Veränderungen in den objektiven Lebensbedingungen haben Auswirkungen auf Lebensziele, Wertorientierungen und die sozialen und politischen Einstellungen junger Menschen. Eine Jugendstudie, die nur "Jugendliche" im juristischen Sinne einbezieht, würde damit wesentliche Statuspassagen im Leben junger Menschen verpassen.

Als Instrument der Sozialberichterstattung ist der DJI-Jugendsurvey längerfristig angelegt. Denn nur eine Dauerbeobachtung erlaubt es, Trends in den Lebensbedingungen und Lebensorientierungen junger Menschen festzustellen. Die 1992 durchgeführte erste Befragung kann dies allerdings noch nicht leisten. Sie ist als Querschnittsbefragung lediglich ein "Schnappschuß", der den Stand von 1992 repräsentiert und gleichzeitig Basiszahlen für spätere

Surveys liefert. Bei der Analyse der Daten wurde allerdings darauf geachtet, durch andere Studien belegte Trends mit zu berücksichtigen.

Der erste DJI-Jugendsurvey "Jugend und Politik" wurde im Spätherbst 1992 durchgeführt. Er basiert auf persönlichen Interviews mit 4.526 Befragten in den alten und 2.564 in den neuen Bundesländern. Ein Vorteil der inhaltlichen Konzentration der Befragung auf das Verhältnis junger Menschen zur Politik liegt darin, daß dieses sehr viel differenzierter erfragt werden konnte als in den meisten anderen Jugendstudien, in denen in der Regel nur wenige Fragen zur Politik enthalten sind. Damit erlauben es die Daten, Phänomene wie die vielfach konstatierte rückläufige Bindung Jugendlicher an das Parteiensystem und ihr abnehmendes Vertrauen in die etablierten Institutionen politischer Willensbildung differenzierter zu beleuchten. Während beispielsweise die jüngste Shell-Jugendstudie von 1991 ergab, daß die "politische Entfremdung" der deutschen Jugendlichen, gemessen mit lediglich einer Frage (vgl. Zinnecker

*Tabelle 1.1:
Soziodemographische Merkmale der Befragten des DJI-Jugendsurveys*

		<i>West</i>		<i>Ost</i>	
		<i>n</i>	<i>%¹⁾</i>	<i>n</i>	<i>%¹⁾</i>
1. Geschlecht	<i>männlich</i>	2313	51,1	1304	50,9
	<i>weiblich</i>	2213	48,9	1260	49,1
2. Altersgruppen	<i>16 bis 17</i>	556	12,3	451	17,6
	<i>18 bis 20</i>	739	16,3	483	18,8
	<i>21 bis 23</i>	954	21,1	511	19,9
	<i>24 bis 26</i>	1075	23,8	529	20,6
	<i>27 bis 29</i>	1202	26,6	590	23,0
3. Urbanisierung²⁾	<i>Land</i>	491	10,8	613	23,9
	<i>Kleinstadt</i>	595	13,1	301	11,7
	<i>Mittelstadt</i>	516	11,4	520	20,3
	<i>Großstadt</i>	743	16,4	424	16,5
	<i>Ballungsraum</i>	2181	48,2	706	27,5
4. Familienstand	<i>ledig</i>	3147	69,9	1572	61,3
	<i>ledig mit festem Partner³⁾</i>	504	11,2	279	10,9
	<i>verheiratet / getrennt lebend / geschieden / verwitwet</i>	853	18,9	712	27,8

1992: 24, Fischer 1992: 56 f.), sehr hoch ist, zeigt der DJI-Jugendsurvey, daß die Bedeutung dieses Ergebnisses im Kontext anderer politischer Orientierungen zu relativieren ist.

In Tabelle 1.1 sind zunächst die wichtigsten soziodemographischen Charakteristika der Befragten zusammengestellt. Die Zahlen für den Urbanisierungsgrad zeigen, daß in den alten Bundesländern fast zwei Drittel der Befragten in großstädtischen Regionen leben, fast die Hälfte sogar in Ballungszentren mit über 500.000 Einwohnern. Nur eine kleine Minderheit wohnt hingegen in Mittelstädten und ein knappes Viertel in ländlichen Regionen bzw. in einer Kleinstadt. Die Urbanisierung hat also in Westdeutschland die Großstadt zum dominanten Lebensumfeld für junge Menschen gemacht. Dies ist zumindest teilweise eine selbstgewählte Lebensform, denn die Mehrheit der Befragten hat bereits einen eigenen Haushalt, der sich nicht notwendigerweise am Wohnort der Eltern befindet. In den neuen Bundesländern leben demgegenüber noch

Fortsetzung Tabelle 1.1:

5. Bildung ⁴⁾	<i>Hauptschule</i>	1240	27,7	202	8,1
	<i>Mittlere Reife</i>	1492	33,3	1576	63,1
	<i>(Fach-)Abitur</i>	1748	39,0	719	28,8
6. Status	<i>Schüler(in)</i>	840	18,8	514	20,1
	<i>Student(in)</i>	612	13,7	172	6,7
	<i>in Berufsausbildung</i>	458	10,2	282	11,1
	<i>nicht mehr in Ausbildung</i>	2567	57,3	1584	62,1
7. Religion	<i>evangelisch</i>	2171	48,0	633	24,7
	<i>katholisch</i>	1705	37,7	85	3,3
	<i>andere</i>	65	1,4	11	0,4
	<i>keine</i>	579	12,8	1834	71,6

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

- 1) Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf die Zahl der Befragten mit gültigen Nennungen, für die also eine Antwort auf die entsprechende Frage vorliegt.
- 2) Der Urbanisierungsgrad (nach Boustedt) legt nicht die politische Ortsgrößenklasse zugrunde, sondern die tatsächlichen räumlichen Verflechtungen. Eine Kleinstadt oder ein Dorf, die im unmittelbaren räumlichen Umfeld einer Großstadt liegen, werden dabei der Großstadt zugerechnet. Land: bis 5.000 Einwohner, Kleinstadt: 5.000 bis unter 20.000 Einwohner, Mittelstadt: 20.000 bis unter 100.000 Einwohner, Großstadt: 100.000 bis unter 500.000 Einwohner, Ballungsraum: 500.000 Einwohner und mehr.
- 3) In diese Kategorie fallen Befragte, die mit einem festen Lebenspartner in einem gemeinsamen Haushalt zusammenwohnen.
- 4) Bei Schülern: angestrebter Schulabschluß.

weit mehr junge Menschen auf dem Land und in kleineren Städten. Eine Überprüfung der regionalen Verteilung der Befragten anhand der Daten des vom Statistischen Bundesamt in zweijährigen Abständen durchgeführten Mikrozensus ergab, daß der Anteil der Befragten in Ballungszentren im Vergleich zur Grundgesamtheit aller jungen Deutschen der befragten Altersgruppe vermutlich etwas überhöht ist.²

Auch der hohe Anteil von Ledigen – ein Reflex des gestiegenen Heiratsalters – weist darauf hin, daß sich die Lebenssituation junger Menschen gravierend verändert hat. Dies gilt auch für das Bildungsniveau. Der Abiturientenanteil von fast zwei Fünfteln im Westen und einem knappen Drittel im Osten dokumentiert, wie weit die Bildungsexpansion inzwischen fortgeschritten ist. Allerdings ist der Abiturientenanteil in der Stichprobe des Jugendsurveys, wie ein Vergleich mit dem Mikrozensus 1991 erweist, geringfügig überhöht (vgl. dazu de Rijke im Anhang). Schließlich befindet sich im Westen fast die Hälfte der Angehörigen der befragten Altersgruppe noch in der (Berufs-)Ausbildung. In bezug auf alle diese Merkmale entsprechen die Lebensbedingungen der jungen Menschen in den neuen Bundesländern allerdings noch stärker traditionellen Mustern. Auf diese Aspekte der Lebenssituation der Befragten wird in Kapitel 2 noch näher eingegangen.

Erwähnenswert ist schließlich der ins Auge springende Unterschied in der Religionszugehörigkeit der jungen Menschen in Ost und West. Die Religion ist diejenige Variable mit den größten Ost-West-Differenzen. Sie bleibt jedoch aufgrund der auch in Westdeutschland weit fortgeschrittenen Säkularisierung für die untersuchten politischen Orientierungen weitgehend folgenlos. Dies ergab bereits die DJI-Schülerbefragung von 1990 (Deutsches Jugendinstitut 1992).

Die Präsentation der Ergebnisse erfolgt grundsätzlich getrennt nach Befragten in den alten und neuen Bundesländern. Dies ist schon deshalb erforderlich, da die beiden regionalen Stichproben getrennt gezogen wurden. In beiden Regionen wurden feste Zielgrößen für die Zahl der zu realisierenden Interviews vorgegeben. Dabei sind die neuen Bundesländer im Vergleich zu ihrem tatsächlichen Bevölkerungsanteil bewußt überrepräsentiert, um eine hinreichende Fallzahl für die differenzierte Analyse auch von Untergruppen zu gewährleisten. Die getrennte Ausweisung ist jedoch auch aus dem Grunde wichtig, als die Analyse von Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen ein zentrales Anliegen der hier vorgestellten Untersuchung ist.

Anmerkungen

- 1 Rattinger diskutiert beide Ursachenbündel für die Parteienverdrossenheit, nämlich "solche, die mit dem Erscheinungsbild und Verhalten der Parteien sowie ihrer Exponenten zu tun haben, und andererseits (...) solche, die mit der Struktur des Parteiensystems und ihrem Verhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Konfliktlinien zusammenhängen" (1993: 24 f.). In seinem Artikel konzentriert er sich allerdings auf den Nachweis der These, daß steigende Parteienverdrossenheit durchaus auch "rationale" Ursachen und Komponenten hat, die mit einer mangelnden Problemlösungskompetenz der Parteien zu tun haben. Dabei berücksichtigt er aber nicht, daß Distanz zu den politischen Parteien und die Wahrnehmung einer mangelnden Problemlösungskompetenz der Parteien möglicherweise lediglich zwei Seiten einer Medaille sind, also gar nicht kausal zusammenhängen.
- 2 Dies gilt vor allem, wenn man ausschließlich die politische Ortsgrößenklasse zugrundelegt, für die der Bericht des Umfrageinstituts eine um vier Prozentpunkte überhöhte Repräsentation der Befragten in Städten über 500.000 Einwohnern ausweist. Da die politische Ortsgrößenklasse den Urbanisierungsgrad nur bedingt widerspiegelt, wurden die in Tabelle 1.1 ausgewiesenen Größenklassen nach dem sog. Boustedt-Index (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik im Anhang) bestimmt, der die tatsächlichen räumlichen Verflechtungen berücksichtigt. Da über die Hälfte (57,1%) der Befragten, die nach dem Boustedt-Index in den Ballungszentren leben, jedoch in Gemeinden wohnt, die nach ihrer politischen Ortsgrößenklasse kleiner sind, dürfte die Verzerrung tatsächlich weniger als vier Prozentpunkte betragen.